Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 275. Freitag den 2. October 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das von Frau **Amalie Friederike verw. Falke geb. Landmann** gestiftete **Stipendium für einen dem Königreich Sachsen angehörenden Studirenden der Rechte auf hiesiger Universität** soll von Ostern ds. Js. an **auf drei Jahre** vergeben werden und zwar zunächst an einen **Nachkommen** des Kaufmanns **Christian Gottfried Landgraf** in Hohenstein und erst in Ermangelung eines solchen an einen anderen auf hiesiger Universität die Rechte Studirenden.

Bewerber um dieses Stipendium fordern wir auf, bei **Verlust ihres Anspruchs bis zum 15. October ds. Js.** unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und Nachweise schriftlich bei uns sich anzumelden.

Leipzig, den 17. September 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stdg.

Bekanntmachung.

Die Erd- und Pflasterarbeiten an der Lutherkirche und die Anlieferung und Verlegung von Granitschwellen dortselbst sind vergeben und werden deshalb die unberücksichtigten Herren Submittenten ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 24. September 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Auction.

Sonnabend, den 3. October 1885, Nachmittags 2 Uhr

sollen in der **Wechsler'schen Restauration zu Volkmarsdorf** verschiedene Pfänder, als:

1 Sopha, 1 Kleiderschrank, 1 Pfeilerspiegel, 1 Commode, 2 Deckbetten, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Ladentafel, 1 Regal und ein Posten Schnittwaaren (Kleiderstoffe, Hemden, Besätze, Corsets u. s. w.),

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 29. September 1885.

Der Gerichtsvollzieher beim Königl. Amtsgerichte daselbst.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Gemeinderath hat unter zu verhoffender Genehmigung der Aufsichtsbehörde beschlossen, den **Zinsfuß** für sämmtliche Einlagen bei hiesiger Sparcasse ab 1. Januar 1886 von 4 auf

3⅔% (drei und zweidrittel Procent)

herabzusetzen, was in Gemäßheit der Bestimmung in §. 15 des hiesigen Sparcassen-Regulativs hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht wird.

Liebertwolkwitz, am 23. September 1885.

Der Gemeinderath.
Adler.

Nichtamtlicher Theil.

Die Bosnische Frage.

Während man sich in Konstantinopel zur Botschafter-Conferenz vorbereitet, wird die Regierung in Oesterreich, in Ungarn und Kroatien von allen Seiten mit Fragen bestürmt, welche Abmachungen in Kremsier geschehen sind, ob insbesondere Vereinbarungen über die Zukunft der von Oesterreich besetzten türkischen Provinzen: Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks Novibazar getroffen worden sind. Im österreichischen Reichsrathe sind derartige Fragen bisher noch nicht gestellt worden, in der Presse ist es nur zur Sprache gekommen, daß die Thronrede, mit welcher der Reichsrath am 26. September eröffnet wurde, über die Zusammenkunft in Kremsier schweigt. In der bevorstehenden Berathung über die auf die Thronrede zu ertheilende Antwort wird aber diese Angelegenheit mit Sicherheit berührt werden, denn es kann der Volksvertretung nicht gleichgiltig sein, welche Politik Oesterreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel zur Richtschnur nehmen wird. In Pest ist man von jeher in Fragen der auswärtigen Politik schneller mit Interpellationen bei der Hand gewesen, und die beiden Wortführer Irányi und Helfy lassen sich so leicht keine Gelegenheit entgehen, die Regierung über ihre Absichten in auswärtigen Angelegenheiten auszuforschen. Die Anfragen, welche die beiden Abgeordneten vor einigen Tagen angekündigt haben, rücken dem Ministerpräsidenten Tisza sehr nahe auf den Leib, wie er sich auch drehen und wenden mag; er kann sich kaum der Nothwendigkeit entziehen, einen Theil Dessen, was er weiß, zu sagen. Er soll Auskunft darüber geben, ob die Zusammenkunft in Kremsier eine reine Privatsache zwischen der österreichischen und russischen Kaiserfamilie war, oder ob dort auch Abmachungen politischer Natur zu Stande kamen, speciell ob über die Zukunft Bosniens und der Herzegowina und über die bulgarische Frage Verhandlungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt worden sind. Endlich will der Abgeordnete Helfy wissen, ob es auf den Rath oder wenigstens mit Vorwissen und unter Betheiligung der ungarischen Regierung geschehen ist, daß Deputationen aus Bosnien und der Herzegowina in Pozega und Bosnisch Brood dem Kaiser von Oesterreich ihre Unterthanenhuldigungen dargebracht haben, entgegen den internationalen Verträgen, nach welchen Bosnien und die Herzegowina auch nach der Occupation der Souveränität des Sultans unterstehen. Endlich ist am 30. September noch im kroatischen Landtage eine Anfrage durch den Abgeordneten und bekannten Staudalmacher Starcevic angemeldet worden, welche die Entsendung kroatischer und bosnischer Deputationen an das Hoflager von Pozega zum Gegenstande hat. Ein anderer Antrag, welcher die Beglückwünschung Ostrumeliens zur Vereinigung mit Bulgarien vorschlug, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit, aber daß er gestellt wurde, zeigt, wie lebhaftes Interesse die Kroaten an den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel nehmen.

In Oesterreich und Ungarn, wie sonst in Europa besteht darüber kein Zweifel, daß Bosnien, Herzegowina und Novibazar für die Türkei unwiderruflich verloren sind, denn Oesterreich hat es sich im Jahre 1878 viel Blut kosten lassen, dort seine Macht zur Geltung zu bringen. Im Laufe der letzten sieben Jahre haben sich die Bewohner der von Oesterreich besetzten türkischen Provinzen so an die österreichische Regierungsweise gewöhnt, daß ihre Vertreter zu Hunderten nach Pozega gekommen sind, um ihre Zufriedenheit mit den neuen Verhältnissen kundzugeben und dem Kaiser von Oesterreich ihre Ergebenheit auszudrücken. Darüber wäre vielleicht Gras gewachsen, wenn nicht beinahe gleichzeitig der Aufstand in Philippopel ausgebrochen und die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien zu Stande gekommen wäre. Alle Interpellationen, welche im ungarischen Reichstage angemeldet wurden, alle Besprechungen der österreichischen Thronrede in liberalen österreichischen Blättern begegnen sich in dem Grundgedanken, daß ein innerer Zusammenhang zwischen dem Aufstand in Ostrumelien, der Zusammenkunft in Kremsier und den Begrüßungen des Kaisers von Oesterreich durch Deputationen aus Bosnien und der Herzegowina in Pozega und Bosnisch Brood besteht. Thatsachen, welche die Richtigkeit dieser Auffassung beweisen, sind zwar bisher nicht bekannt geworden, aber sie ist da und wird nicht eher verschwinden, als bis unumstößliche Beweise für ihre Grundlosigkeit beigebracht sind. Je offener und rückhaltloser Tisza die an ihn gestellten Anfragen beantwortet, desto leichter wird sich die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn zufriedengestellt erklären; wenn er aber nach Ausflüchten sucht, um Das, was ihm bekannt ist, geheim zu halten, dann wird die Gesammtregierung einen schweren Stand haben.

Die Botschafterconferenz in Konstantinopel soll nach dem Wunsche der russischen Regierung einen Zustand auf der Balkanhalbinsel schaffen, welcher das Gleichgewicht dort besser berücksichtigt, als das bisher geschehen ist. An der Herstellung dieses Gleichgewichts muß sich auch Oesterreich-Ungarn betheiligen, denn es ist nicht zu leugnen, daß die österreichische Verwaltung Bosniens und der Herzegowina die Interessen der Türkei und Serbiens berührt, um nicht zu sagen verletzt. Die Türkei ist durch die Ablösung Bosniens und der Herzegowina von ihrem Gebiete auf den Theil der Balkanhalbinsel beschränkt worden, welcher zwischen dem 40. und 42. Breitengrad liegt. Nördlich davon beginnt das Machtgebiet Rußlands und Oesterreichs und südlich davon herrscht der König von Griechenland. Die gegenwärtige Bewegung hat das Ziel, die Türkei in Europa auf die Ostecke, welche von den Fluthen des Aegeischen, des Marmara- und des Schwarzen Meeres bespült wird, einzuengen. Serbien und Griechenland wollen sich in die zwischen den beiderseitigen Besitzungen liegenden Länder theilen und Bulgarien wird sich bei der Theilung auch nicht blöde zeigen, so wenig wie Montenegro und Rumänien.

Man hat sich auf russischer Seite bemüht, die Botschafterconferenz in Konstantinopel nur als etwas Vorläufiges hinzustellen, welcher weitere Berathungen der Vertreter Europas folgen werden. Die Unterscheidung zwischen Conferenz der Botschafter und der Vertragsmächte ist eine müßige Frage. Die Botschafter sind die Vertreter der Mächte und der Umfang ihrer Thätigkeit und Zuständigkeit wird nur durch die Vollmacht bestimmt, welche ihnen ertheilt wird. Und doch sollte die sogenannte Botschafterconferenz nach der Meinung Rußlands das gestörte Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel wieder herstellen.

Wenn die Conferenz sich der Lösung dieser Aufgabe unterzieht, dann muß auch die Zukunft Bosniens und der Herzegowina in ihrem Programm ihre Stelle finden. Beide Länder mit Novibazar haben etwa denselben Flächeninhalt wie das Fürstenthum Bulgarien ohne Ostrumelien, also ist es für die Türkei von ebenso großer Wichtigkeit, ob ihr Ostrumelien verloren gehen soll, als wenn sie vor die Nothwendigkeit gestellt ist, jeden Anspruch auf Bosnien, Herzegowina und Novibazar einzubüßen. Die Conferenz in Konstantinopel, gleichviel ob man sie Botschafterconferenz oder europäische Conferenz nennt, wird sich nicht davon losmachen können, auch die bosnische Frage vor ihren Richterstuhl zu ziehen. Was Serbien und Griechenland, was Montenegro und Rumänien beanspruchen, ist nicht Sache der Conferenz, denn diese Länder haben Das, was sie besitzen, und ihre weiteren Ansprüche schweben einfach in der Luft, ein Recht auf dieses oder jene Gebiet können sie nicht aufweisen. Ganz anders liegen die Verhältnisse in Bulgarien mit Ostrumelien und in Bosnien, Herzegowina und Novibazar. Das sind zwei Neubildungen, welche auf eine endgiltige Gestaltung hinarbeiten. Daß augenblicklich die bulgarische Frage als die dringendere erscheint, ist nur eine Folge der Aufregung, welche die Ereignisse des 18. September auf der Balkanhalbinsel erzeugt haben; die bosnische Frage hat genau dieselbe Bedeutung und Wichtigkeit für die Gestaltung des neuen Zustandes auf der Balkanhalbinsel.

Was sich aus der Botschafterconferenz entwickeln wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen, nur so viel läßt sich vermuthen, daß die Berathungen wahrscheinlich nicht auf die bulgarische Frage beschränkt bleiben werden. Dafür werden schon die Verhandlungen in den Parlamenten Oesterreichs und Ungarns sorgen. Die Beantwortung der Thronrede vom 26. September und die Berathungen der Interpellationen Iranyi's und Helfy's im ungarischen Reichstage werden die Erweiterung des ursprünglichen Programms der Conferenz zur nothwendigen Folge haben, denn die Conferenz wird sich der Wahrnehmung nicht verschließen können, daß die bosnische Frage mit gleicher Berechtigung zur Lösung drängt wie die bulgarische.

* * *

* Wir verzeichnen nachstehend die weiter vorliegenden Nachrichten über die Krisis auf dem Balkan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

In den Annalen des Orients mit jetzt zum ersten Male der Fall ein, daß Europa den daselbst ausgebrochenen Verwickelungen von Anfang an geschlossen und einmüthig mit dem festen Willen gegenübersteht, Alles aufzubieten, damit der Friede ungestört erhalten bleibe. Den Balkanvölkern ist diese Constellation ebenso neu als ungewohnt, und so mag es immerhin noch eine Weile dauern, bis sie mit derselben hinreichend vertraut werden, um ihr stürmisches Temperament in angemessene Selbstzucht zu nehmen. Mittlerweile wird in den einzelnen Balkanstaaten statt daraus los mobilisirt, als ob man den weiteren Entwickelungsgang der Dinge am Schnürchen hätte und nur in die Tasche zu greifen brauchte, die Kosten der Rüstungsvorbereitungen zu decken.

Weiter schreibt das genannte Blatt:

Von angesehener kaufmännischer Seite wird uns ein Brief aus Philippopel zur Einsichtnahme mitgetheilt, der in hohem Maße das Interesse der hiesigen Handelswelt erregen dürfte wegen der darin enthaltenen Angaben über den ungünstigen Rückschlag der Krise auf die Geschäftslage Ostrumeliens. Aus jeder Zeile des Briefes spricht das tiefe Mißtrauen gegen die durch den belagerten Handelszug der großbulgarischen Verschwörung geschaffene zerfahrene Situation. Der Correspondent illustrirt seine Schilderung der einschlägigen Verhältnisse an der Hand positiver Thatsachen, wie beispielsweise der, daß die Bank in Philippopel sowohl das Escompte als jede sonstige Operation eingestellt hat, und daß in Folge dessen die übrige Geschäftswelt ein Gleiches that. Denn die von Niemand anerkannte provisorische Regierung hat keinerlei Sicherheit, so zwar, daß für eine kurze Zeit der Briefverkehr ganz und gar ins Stocken gerieth. Zahlungen würden von Niemand geleistet. Schließlich ersucht der Correspondent seinen hiesigen Geschäftsfreund, bis auf Weiteres keine Waaren mehr nach Philippopel abgehen zu lassen. Die Situation sei dort trostlos und die Lösung unabsehbar, da diese Wendung der Dinge nicht vorauszusehen gewesen sei.

Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken:

Ein Rundblick auf die Zeitungsspalten, welche der so plötzlich ausgebrochenen Balkankrise gewidmet sind, zeigt eine mit der anfänglich zur Schau getragenen Besorgniß der öffentlichen Meinung auffällig contrastirende beruhigtere Auffassung. Mag man dieser Tendenz immerhin beipflichten, insofern sie aus dem Vertrauen zu der Festigkeit des europäischen Friedensgebäudes entspringt, so darf dieselbe doch nicht soweit getrieben werden, um nun den Gesammtcharakter der Lage in rosenfarbenem Lichte zu erblicken und sich des Glaubens zu getrösten, als sei in der Hauptsache nun schon Alles erledigt und abgethan. Bis dahin wird man ja hoffentlich kommen, und zwar recht bald; einstweilen aber sind die Dinge denn doch noch nicht soweit gediehen, obschon die Rüstungen Serbiens und ähnliche Vorkehrungen anderer Balkanstaaten in den Kreisen der europäischen Diplomatie ernst, wenn auch nicht ernster genommen werden, als sie es werth sind. An maßgebender Stelle, d. h. im Rathe der Signatarmächte des Berliner Vertrages, herrscht zur Zeit völlige Einmüthigkeit darüber, daß die Aufrechterhaltung der 1878 in Berlin festgesetzten Ordnung der Orientdinge noch wie vor Hauptaufgabe der internationalen Verständigungsacte zu bleiben habe. Dabei verhehlt sich allerdings Niemand, daß seit den ersten Decennien des laufenden Jahrhunderts der Zug des Zeitgeistes in der Richtung des Nationalitätsprincips vorschreitet, und die politische Configuration Europas dem Anpassungsversuch an besagtes Princip unterliegt. Bei dem Bestreben der Diplomatie, zwischen dem vertragsmäßigen Rechte der Pforte auf Wahrung der Integrität ihres heutigen territorialen Besitzstandes und den in Ostrumelien vollzogenen Thatsachen einen Ausgleich zu vermitteln, möchte sich vielleicht eine Art Compromiß der gegenüberstehenden Interessen in dem Sinne des Nationalitätsprincips sozusagen von selbst darbieten, und zwar etwa dahin, daß eine Personalunion zwischen Ostrumelien und Bulgarien hergestellt und der jeweilige Herrscher beider Länder — mag nun Fürst Alexander seinen Thron behalten oder anderweitig ersetzt werden — in Ostrumelien als Generalgouverneur der Pforte weilen würde. Die Vortheile der hier angezogenen Combination würden in der Aufhebung des Provisoriums auf europäischem Boden mit dem daselbst nun einmal mächtig entwickelten Nationalitätsdrange, sowie darin bestehen, daß der Verbleib Ost-Rumeliens in seinem jetzigen staatsrechtlichen Verbande den territorialen Vergrößerungsansprüchen der übrigen Balkanvölker, die ausdrücklich im Hinweis auf den vermeintlichen bulgarischen Machtzuwachs formulirt worden, ihre selbsterkorene Grundlage entzöge und sie somit gegenstandslos machte. Damit wäre aber gerade die Gefahr aus jener Richtung glücklich beseitigt, von wo sie jetzt noch am ersten einzutreten droht.

Ueber die Conferenz wird der „Nationalzeitung" aus London vom 28. September geschrieben:

Die Einigung über die Konstantinopeler Conferenz war rascher erzielt, als man nach den Berichten über die bezüglichen Verhandlungen zwischen den Cabinetten glauben sollte. Allerdings wurde diese Einigung wesentlich dadurch erleichtert, daß es sich um keinen formellen Conferenzvorschlag handelte. Darein, daß die Botschafter zu einer zwanglosen Besprechung zusammentreten sollen, konnten alle Cabinete leicht willigen. Dafür, daß diese zwanglose Form gewählt werde, lagen mannigfache Gründe vor. Man konnte, nachdem die öffentliche Meinung nun einmal in einer Conferenz eine Panacee für die Erhaltung des Friedens erblickt und die Pforte die Vermittelung der Vertragsmächte anrief, den Conferenzgedanken kaum mehr gut von der Hand weisen, wiewohl man in den diplomatischen Kreisen recht gut wußte, daß Das, was sich nicht im Verkehre von Cabinet zu Cabinet erzielen lasse, auch in einer gemeinsamen Berathung der Vertreter schwerlich werde erreicht werden können. Man war sich bewußt, daß es sich bei einer solchen Conferenz nur darum handeln könne, sich gegenseitig von dem Vorhandensein einer Uebereinstimmung oder dem Mangel einer solchen zu überzeugen. Andererseits wollte man es aber nicht auf eine Conferenz ankommen lassen, deren Scheitern beunruhigender wirken würde, als ein Nichtzustandekommen oder eine Unterlassung derselben. Man entschied sich daher für eine Vereinigung der Botschafter in einer Form, die möglicherweise die Lösung der schwebenden Frage fördern, keineswegs aber sie gefährden könne. Indem man der Vereinigung der Botschafter zu einer zwanglosen Berathung nur die Aufgabe stellte, die Ergebnisse des bereits zwischen den Cabinetten gepflogenen Gedankenaustausches auf ihre Congruenz zu prüfen und den Cabinetten hierüber zu berichten, damit diese eine sichere Basis für ihre weitere gemeinsame Entscheidung gewinnen, war eine förmliche Beschlußfassung seitens der Conferenz und daher auch ein Scheitern derselben ausgeschlossen. Dem Zusammentritte einer solchen Conferenz konnte begreiflicherweise kein Hinderniß im Wege stehen. Daran überdies, daß, wenn es nur erst gelungen ist, den durch die ostrumelischen Vorgänge entfesselten Sturm auf der Balkanhalbinsel zu beschwören, die Mächte im gemeinsamen Zusammenwirken auch die Formel für die Versöhnung des vertragsrechtlichen Standpunctes mit jenem des fait accompli finden werden, ist kaum zu zweifeln. Eine beschwichtigtere Stimmung ist aber bereits in den Balkanländern eingekehrt und man darf sich dieser Thatsache freuen, gleichviel ob die Inaussichtnahme der Conferenz hierzu beigetragen oder ob die Conferenz erst durch Herbeiführung dieser ruhigeren Stimmung möglich geworden.

Telegraphische Meldungen:

* Kopenhagen, 30. September. (W. T.-B.) Die Mitglieder der bulgarischen Specialmission an den Kaiser von Rußland, Erzbischof Clemens, Staatsrath Gundjeff, Bankgouverneur Gurkoff, Advocat Demeter Tutscheff und Kaufmann Demeter Pappazoff, sind heute hier angekommen. — Der russische Minister des Aeußeren v. Giers wird heute Abend hier erwartet. (Wiederholt.)

* Moskau, 30. September. (W. T.-B.) Die „Moskauer Zeitung" giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Wiederherstellung des status quo ante auf der Balkanhalbinsel nicht in der Vernichtung der vollzogenen Vereinigung Rumeliens und Bulgariens, sondern in der Reorganisation der inneren und äußeren Beziehungen derselben bestehen sollte. Dies sei ohne bewaffnete Intervention ausführbar, wenn an die Spitze der vereinigten Bulgarien kein Abenteurer, sondern ein Mann der That käme. Die einfache Wiederherstellung des äußeren status quo ante wäre nur ein Aufschub, welcher alle interessirten Kräfte in beständiger Spannung erhielte und eine weitere Explosion befürchten ließe. Den Berliner Vertrag buchstäblich aufrecht zu erhalten, ohne seine sachlichen Fehler zu verbessern, würde nur den Anfang vom Ende hervorrufen und die verhängnißvolle Nothwendigkeit darthun, den Berliner Vertrag durch eine ganz andere Ordnung der Dinge und vielleicht durchaus nicht allein auf der Balkanhalbinsel zu ersetzen. (Wiederholt.)

* Wien, 30. September. (W. T.-B.) Der „Politischen Correspondenz" zufolge gab die italienische Regierung in London und wahrscheinlich auch bei den anderen Großmächten die Erklärung ab, daß sie die Aufrechthaltung des durch den Berliner Vertrag geschaffenen status quo, vor Allem aber wünsche, daß die Krisis im Orient ohne weitere Conflagration und Blutvergießen verlaufe. Die Regierung werde sich dahin gerichteten Bestrebungen und etwaigen Schritten der Mächte anschließen.

Leipzig, 2. October 1885.

* In allmälig fortschreitender Weise ist Deutschlands Wehrkraft zur See jetzt auf eine Stufe gefördert worden, welche vom Auslande nicht unbemerkt geblieben ist und namentlich seit dem nunmehr glücklich beigelegten Differenzen mit Spanien für auswärtige Staaten die Nothwendigkeit dargethan hat, mit der deutschen Flotte als einem sehr realen Machtfactor zu rechnen. So constatirt das englische Fachblatt „Army and Navy-Gazette" in einer vergleichenden Uebersicht der deutschen und spanischen Seestreitkräfte, daß Deutschland jetzt in der Lage sei, einen erfolgreichen Seekrieg zu führen, und meint, daß, wenn Deutschland noch einige Jahre wie bisher in Entwickelung seiner Marine fortfahre, auch diejenigen Nationen, welche bislang ausschließlich um die Palme der Seeherrschaft zu ringen gewohnt waren, sich leicht von ihrem weitschauenden deutschen Nachbar überflügelt finden möchten. Den deutschen Kriegsschiffen spendet die englische Fachzeitung das Lob, daß sie durchweg neueren Datums, gut bewaffnet, gut ausgerüstet, schnellfahrend und mit trefflich ausgebildetem Mannschaften besetzt seien; unsere Seeofficiere kommen der „Army and Navy-Gazette" vielleicht etwas zu selbstbewußt vor, „allein sie werden sich um deswillen nicht weniger gut aus der Affaire ziehen, wenn sie einmal in Action treten (when they come to blows)." Unsere Torpedoboot-Flottille nennt die „Gazette" eine mächtige und gründlich erprobte. Dann wird weiter gesagt:

„Abgesehen von der jährlichen Mannschaftsübung muß die Ausrüstung und Ausrüstung zweier Geschwader für Colonialerwerbszwecke und die Entsendung eines dritten als Schulgeschwader in fremde Gewässer für die Ausbildung der Mannschaften von größtem Nutzen sein, während das Erscheinen dieser Schiffe, als augenfälliger Beweis für die maritime Stärke der Nation, deren Prestige bei jenen Völkern erhöhen muß, welchen die militairische Supremacie des Landes nur vom Hörensagen bekannt ist. Was das Schulgeschwader betrifft, welches in mancher Hinsicht dem bei uns in Ausrüstung zu ähnlichen Zwecken befindlichen gleichen dürfte, so ist seine Stärke und Leistungsfähigkeit so beschaffen, daß, wenn die Deutschen einmal zufällig mit Commodore Fitzroy's Schiffen in demselben Hafen unseren sollten, die Einwohner leicht schließen könnten, daß Großbritannien's Zeichen des Verfalls gäbe, während eine bisher auf dem Ocean fast unbekannte Macht eine Flotte zu entsenden im Stande ist, deren Ausrüstung wenn nicht besser, so doch ebensogut ist als die derjenigen Nation, die sich stolz damit brüstet, daß sie die Königin der Meere sei."

Am Schluß ihrer sehr eingehenden Besprechung hofft die „Army and Navy-Gazette", daß die (von Deutschland den Seemächten ertheilte) Lection nicht verloren sein werde. Spanien sei nicht der einzige Staat, welcher davon profitiren könne.

* Ueber die Bewegungen deutscher Kriegsschiffe in der Südsee schreibt ein Correspondent des „Hamburger Correspondent" in Sidney unterm 20. August: „Nach 69tägigem Aufenthalt verließ uns gestern das deutsche Kanonenboot „Albatroß", Capitain Plüddemann, nachdem es vergeblich auf die Ankunft der „Augusta" in Albany gewartet hatte. Da es größtentheils Mannschaften an Bord hatte, welche längst Anspruch auf Ablösung hatten und deren Ersatz eben mit der „Augusta" erwartet wird, suchte man sich hier, soweit es ging, durch Austausch von Mannschaften mit der Corvette „Marie" zu helfen. Die Bestimmung des „Albatroß" ist unbekannt, doch ergeht man sich darüber in allen möglichen Conjecturen, die ich Ihnen nicht mittheile, da Sie bei Empfang dieser Zeilen wahrscheinlich längst hierüber genauer unterrichtet sind. (Vermuthlich ist der „Albatroß" auch nach den Karolinen gegangen, worüber übrigens weder mit den über Manilla aus Yap inzwischen eingetroffenen Nachrichten, noch in den telegraphischen Berichten des „Iltis" etwas zu verlauten scheint.) Die deutsche Corvette „Marie", welche bekanntlich am 27. December v. J. beim Neuirland eine schwere Havarie hatte und dann durch das Kanonenboot „Hyäne" am 14. April nach Kappelbai gebracht wurde, von wo sie wiederum die Corvette „Stosch" am 6. Mai glücklich nach unserem Hafen schleppte, ist nun endlich so weit reparirt, daß sie am 13. d. ihre erste Probefahrt unternehmen konnte. Das Kanonenboot „Hyäne" soll, bestem Vernehmen nach, noch in Albany auf die „Augusta" warten, über deren Schicksal man hier sehr besorgt ist, besonders seitdem das Gerücht, sie sei von Aden aus nach Zanzibar gewesen, sich als falsch herausgestellt hat. In unserer neuen Colonie in Neuirland und Neubritannien oder Bismarckarchipel, mit welchem stolzen Namen Sie diese Inseln ja jetzt in Deutschland getauft haben, jammern unsere braven Landsleute nach dem Erscheinen von deutschen Kriegsschiffen, namentlich scheint ein hiesiger Trader, dessen Schiffe unter amerikanischer Flagge fahren, mit unserem dortigen Reichscommissar, Herrn v. Oertzen, Differenzen gehabt zu haben. Es wird allerdings wohl einige Zeit dauern, ehe sich solche Leute daran gewöhnt haben, zu beherzigen, daß sie auf deutschem Grund und Boden ihr früher beliebtes Faustrecht nicht mehr ausüben dürfen. Unser Reichscommissar ist aber übel daran, denn er hat seit Abdampfen der „Hyäne" mit der „Marie", also seit Ende März, überhaupt keinen einzigen Soldaten zu seiner Verfügung gehabt, um seinen Anordnungen Nachdruck zu verleihen. Angesichts der großen Flottendemonstration vor Zanzibar wundert man sich hier allgemein und mit Recht über die stiefmütterliche Behandlung der deutschen Interessen seitens unserer Marine. Am 18. d. M. ging von hier ein Dampfer der Austral-Asian Steam Navigation Company, „Victoria", mit Kohlen und Proviant beladen in See, über dessen Bestimmung auch alle möglichen und unmöglichen Gerüchte circuliren; ganz weise Männer sprechen von geheimen Missionen für russische Kriegsschiffe, was ich Ihnen nur als Curiosum mittheile."

* Die Reichs-Etats werden voraussichtlich erst Ende October vor den Bundesrath gelangen; gegenwärtig finden noch die Verhandlungen der Einzelressorts mit dem Reichsschatzamte statt.

* Wie man der „Nationalzeitung" berichtet, gedenkt der Herzog von Cumberland demnächst noch eine Pression insofern auf die braunschweigische Landesvertretung auszuüben, als er einen seiner juristischen Sachwalter beauftragt hat, in einem öffentlichen Exposé auf die finanziellen Nachtheile hinzuweisen, welche eine factische und definitive Ausschließung des „legitimen Thronerben" für das Herzogthum haben würde. Es soll bewiesen werden, daß auf Grund der Haus- und Erbverträge im Gesammthause der Welfen die Rechte des Herzogs Wilhelm auf die Kammergüter dem Herzoge in Gmunden unzweifelhaft zugefallen seien. Zwar sei im Jahre 1832 (12. October) durch die neue